

Linke Gewaltexzesse gegen AfD: Ein gefährlicher Trend in Bremen!

Am 21.03.2025 berichten Medien von Gewalt gegen AfD-Mitglieder in Bremen, während Bundespräsident Steinmeier politische Gewalt bündig kritisiert.

Bremen, Deutschland - Am vergangenen Wochenende kam es in Bremen zu einem Vorfall, der die Debatte um politische Gewalt in Deutschland neu entfacht. Ein Infostand der Alternative für Deutschland (AfD) wurde von linksextremen Demonstranten begleitet, die laut Berichten der Partei gewalttätige Übergriffe auf Mitglieder und Politiker verübt haben. Ein Video, das in sozialen Medien verbreitet wurde, dokumentiert einen Übergriff, bei dem ein AfD-Mitglied mit einer Flasche beworfen und der Bundestagsabgeordnete Sergej Minich von einer Demonstrantin mit einem Schild attackiert wurde. Die AfD wertet diese Angriffe als beschämenden Versuch, die Dokumentation der Geschehnisse zu behindern und die Wahrheit zu verschleiern. Als Reaktion fordert die AfD eine klare Distanzierung von der Linkspartei, insbesondere von ihrer Bundestagsabgeordneten Doris Achelwilm, und sieht die Vorfälle als Teil einer besorgniserregenden Entwicklung hin zur Verrohung der politischen Kultur in Deutschland. Laut der AfD Bremen stehen linksextreme Strukturen, die durch den rot-grün-roten Bremer Senat finanziert werden, hinter diesen Übergriffen.

Die Angriffe werden auch als Angriffe auf die Meinungsfreiheit und die demokratische Grundordnung betrachtet. Diese Ereignisse folgen auf einen tiefgreifenden Trend, der in den letzten Jahren zu beobachten ist - einem Anstieg politisch motivierter Gewalt in Deutschland. Laut einem Bericht von DW

wurde 2023 ein neuer Höchststand an politisch motivierten Straftaten registriert, mit über 60.000 Delikten, von denen mehr als 4.000 Gewaltdelikte umfassen. Die Mehrheit dieser Straftaten wird von rechtsextremen Gruppen verübt, jedoch ist die Zunahme politisch motivierter Gewalt insgesamt eine alarmierende Entwicklung.

Politische Gewalt und ihre Folgen

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich in jüngster Zeit ebenfalls zu den Themen politischer Gewalt und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft geäußert. Er ruft zur Ächtung aller Formen politischer Gewalt auf und warnt davor, dass eine Gesellschaft, die solche Gewalt toleriert, ihre demokratische Natur verliert. Steinmeier betont, dass es wichtig sei, nicht wegzuschauen und gegenüber politischen Gewaltakteuren klar Stellung zu beziehen. In einem Treffen im Schloss Bellevue in Berlin sprach er mit Opfern politischer Gewalt und Hinterbliebenen, zu denen auch die Witwe des ermordeten CDU-Politikers Walter Lübcke und der SPD-Politiker Matthias Ecke gehören. Diese Gespräche unterstreichen die Ernsthaftigkeit der Bedrohung, die von politischer Gewalt ausgeht.

Steinmeier kritisiert eine schleichende Erosion der Demokratie durch die zunehmende Verrohung der Sprache, einer Senkung der Hemmschwelle in politischen Auseinandersetzungen und der Abwertung bestimmter Gruppen in der Gesellschaft. Diese Entwicklungen könnten nach seiner Einschätzung zu einer allgemeinen Akzeptanz politischer Gewalt führen, was als besonders bedenklich gilt. Die hohe Zahl der politisch motivierten Straftaten, die auch in den Vorfällen rund um den AfD-Infostand in Bremen sichtbar wird, macht deutlich, dass es dringend notwendig ist, sich diesem Problem gemeinsam zu stellen.

Vorfall	Körperverletzung
Ursache	linke Proteste
Ort	Bremen, Deutschland
Verletzte	1
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.freilich-magazin.com• www.dw.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de